

Pressemitteilung

26.Mai 2023

Soziale Angebote in Krisenzeiten erhalten und stärken

Tarifabschlüsse bei der Finanzierung gemeinnütziger Träger berücksichtigen

Vor negativen Folgen der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen für die soziale Infrastruktur warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen. Die beschlossenen Einkommenserhöhungen und Inflationsprämien sind für die Beschäftigten angesichts des inflationsbedingten Kaufkraftverlusts zwar unbedingt notwendig und daher begrüßenswert. Viele gemeinnützige Organisationen können die höheren Gehälter aber nicht zahlen, da die Kostensteigerung in ihrer Finanzierung nicht eingeplant ist. „Um unter diesen Rahmenbedingungen überhaupt weiter bestehen zu können, sind soziale Einrichtungen oftmals gezwungen, ihre Leistungen mit weniger Mitarbeitenden zu erbringen. Dies führt unweigerlich dazu, dass Angebote nur noch eingeschränkt angeboten werden können oder gar gänzlich wegfallen. Dabei werden sie gerade in dieser krisengeprägten Zeit dringend gebraucht“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen.

Der Paritätische Hessen appelliert an das Land Hessen und die Kommunen als Kostenträger umgehend gegenzusteuern und die Finanzierung anzupassen, damit die sozialen Organisationen die höheren Tariflöhne schultern können. „Besonders betroffen sind zuwendungsfinanzierte Organisationen, zu denen unter anderem Beratungsstellen, Frauenhäuser oder Kulturvereine gehören. Denn Zuwendungsfinanzierungen sind in der Regel nicht dynamisiert“, erläutert Sören Hense, Referent Wirtschaft beim Paritätischen Hessen. „Das heißt, sie werden zwischen Leistungserbringer und Kostenträger einmal verhandelt und laufen dann auf unbestimmte Zeit. Folgende tarifliche Erhöhungen oder andere unvorhergesehene Preissteigerungen, beispielsweise auch durch die Energiekrise, bleiben dann unberücksichtigt. So ist der Leistungserbringer gezwungen, dauerhaft mit den vorhandenen Mitteln auszukommen.“

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und dem Wandel hin zu einem Arbeitnehmermarkt werden die Rekrutierung und Bindung von Personal immer schwieriger. Gemeinnützige Organisationen können es sich mittlerweile nicht mehr erlauben, untertariflich zu bezahlen. Eine angemessene Entlohnung von Mitarbeitenden im sozialen Bereich, die den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung trägt, ist auch angesichts der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit unabdingbar. „Gemeinnützige Träger sind eine unverzichtbare Stütze unseres Sozialstaates, sie sind systemrelevant“, betont Dr. Yasmin Alinaghi.

Nach dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen erhalten Beschäftigte eine steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie in Höhe von 3.000 Euro, welche in Tranchen zwischen Juni 2023 und Februar 2024 beginnend mit einmalig 1.240 Euro und dann weiter mit monatlichen 220 Euro ausgezahlt wird. Ab März 2024 steigt das Einkommen unabhängig von Entgeltgruppe und -stufe um 200 Euro brutto zzgl. einer darauffolgenden Entgelterhöhung um 5,5 Prozent – mindestens jedoch um 340 Euro brutto. Das bedeutet für Beschäftigte in unteren Entgeltgruppen eine Erhöhung um bis zu 16,9 Prozent. Das Gros der Beschäftigten erhält 11 Prozent mehr Geld.

Ansprechpartner beim Paritätischen Hessen:

Sören Hense

Referent Wirtschaft

Tel.: 069 – 955 262 -19

Mobil: 0172-1372003

soeren.hense@paritaet-hessen.org

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.